

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: 2022/2183

Eingang: 18.10.2022

## Öffentlichkeitsarbeit verstärken - Angebote gegen Kinderarmut besser bekannt machen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.11.2022	20	X	
Jugendhilfeausschuss	01.02.2023		x	

1. Die Verwaltung führt zusammen mit dem Stadtjugendausschuss e. V. - coronabedingt nachträglich - eine Informationskampagne zum 15. Jahrestag der Einführung des Kinderpasses durch, um Angebote für von Armut betroffene Kinder verstärkt zu bewerben.
2. Die Verwaltung erstellt Leitfäden für eine differenzierte Ansprache an verschiedene Zielgruppen einkommensschwacher Familien in Bezug auf die bestehenden Angebote der Teilhabeförderung.
3. Die Verwaltung identifiziert die sozialen Einrichtungen, welche mit einkommensschwachen Familien in Kontakt sind und hält diese dazu an, auf Angebote für die Zielgruppe, wie z. B. den Kinderpass, regelmäßig hinzuweisen.
4. Die Verwaltung setzt sich damit auseinander, ob gezielt weitere Informationsorte mit der persönlichen Vergabe von Flyern eingerichtet werden können, z.B. bei Ämtern, wie dem Ausländeramt oder dem Jobcenter Stadt Karlsruhe, in Kitas, Schulen, auf der Website des AniKa-Bündnisses und berichtet darüber im Jugendhilfeausschuss.
5. Bei zentral versandten Bescheiden wie nach SGB II und Wohngeld wird geprüft, ob eine ergänzende Information im Bescheid über die Sozialpässe möglich ist. Bei dezentral verschickten Bescheiden wie nach SGB XII und AsylbLG werden neben der Ergänzung im Bescheid grundsätzlich Flyer zu den Sozialpässen beigelegt.
6. Die Stadtverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit der HWK Ettlingen die Ausgabe einer Printausgabe zu den Karlsruher Sozialpässen in Leichter Sprache.

### Begründung/Sachverhalt

In Karlsruhe leben rund 20 Prozent und damit ca. 5.000 Kinder und Jugendliche in armen Familien. Durch die Inflation und die Energiekrise hat sich die Situation einkommensarmer Familien deutlich verschärft. Auch die Probleme bei den Karlsruher Tafeln, genügend Lebensmittel zu beschaffen, beeinflussen die Situation in negativer Weise. Ausgleichsversuche durch die Bundesregierung sind bis jetzt nicht ausreichend. Die Hanne-Landgraf-Stiftung spricht von enorm gestiegenem Handlungsbedarf bezüglich der Kinderarmut in Karlsruhe.

Besonders betroffen von Armut sind vor allem die Kinder, die unter dem gestiegenen Stress ihrer Eltern noch zusätzlich leiden.

Die Stadt Karlsruhe hat gute Angebote gegen Kinderarmut. Diese sind vor allem der Karlsruher Kinderpass, wodurch den Kindern Teilhabe an vielen Angeboten meist zur Hälfte vom normalen Preis ermöglicht wird, z.B. das Schwimmen und der KVV.

Das Problem ist, dass teilweise gerade diejenigen, die den Pass besonders dringend benötigen, von diesem und von anderen Angeboten nichts erfahren (dargestellt z.B. in der Familienumfrage von 2017 und den Leitlinien gegen Kinderarmut von 2017). Hier sind insbesondere neu Zugewanderte betroffen, da sie meist Sprachprobleme haben und die Systeme nicht kennen. Umso wichtiger ist deshalb eine regelmäßige und teilweise auch konzentrierte Öffentlichkeitsarbeit.

### **Weitere Erläuterungen:**

Zu 1.) 2021 jährte sich der 15. Jahrestag zur Einführung des Kinderpasses. Dazu waren Veranstaltungen und eine „umfassende Öffentlichkeitsarbeit“ geplant, um den Pass bekannter zu machen. Dies ist wegen der Pandemie ausgefallen und sollte nachgeholt werden, auch wenn es dann um keinen „runden“ sondern z.B. den 18. Geburtstag („Volljährigkeit“) geht (Leitlinien gegen Kinderarmut, Fortschreibung 2019, Seite 4).

Zu 2.) Schon in der Familienumfrage von 2017 und dann in den Leitlinien gegen Kinderarmut, Fortschreibung 2019, wurde verdeutlicht (Seite 4), dass es Verbesserungen in der Ansprache der verschiedenen Zielgruppen bedarf, sodass Hilfsangebote bei den Betroffenen ankommen. Dazu sollten unter anderem Leitfäden für die verschiedenen Angebote erstellt werden.

Zu 3.) Mit und unter sozialen Einrichtungen, die mit einkommensschwachen Familien in Kontakt sind, könnte ein Austausch sinnvoll sein, wie es gelingt routinemäßig Flyer z.B. zum Kinderpass an die Familien weiterzugeben.

Zu 4.) Hier geht es nicht nur darum, neue Informationsorte zu finden und alte wiederzubeleben, sondern auch darum, dass Flyer nicht nur ausgewählt, sondern möglichst aktiv vergeben werden.

Zu 5.) Durch eine Organisationsänderung werden viele Bescheide nur noch zentral und nur noch wenige dezentral verschickt. Wie uns das Rechenzentrum versichert hat, ist es durchaus möglich, im geringen Ausmaß die Bescheide in Bezug auf Sozialpässe zu „individualisieren“. Bei den dezentral verschickten Bescheiden können, wie bereits zugesagt, Flyer zu den Bescheiden beigelegt werden.

Zu 6.) Kurz- bis mittelfristig regen wir an, die Flyer zu den Sozialpässen in Leichter Sprache vorzuhalten. Damit schließen wir eine Lücke in der Karlsruher Soziallandschaft.

Unterzeichnet von:  
Verena Anlauf  
Michael Borner  
Dr. Iris Sardarabady  
Jorinda Fahringer  
Niko Riebel  
Benjamin Bauer